

„Im Landkreis leben – hier zu Hause sein“

Wahlprogramm der Partei DIE LINKE. Meißen

Unser neuer Landkreis Meißen soll aus den traditionsreichen Kreisen Riesa-Großenhain und Meißen zu einem neuen großen Landkreis mit den Bürgerinnen und Bürgern und für sie zusammenwachsen.

Das ist eine Herausforderung an unsere demokratische Verantwortung. Das Zusammenwachsen wird kein einfaches Zusammenstellen von zwei Landkreisen sein, sondern ein anspruchsvoller Prozess. Er muss sich gleichberechtigt und vor allem im Interesse ihrer Bewohner demokratisch vollziehen. Alle sich aus diesem Prozess ergebenden Entscheidungen sind rechtzeitig öffentlich unter Mitwirkung der betroffenen Bürgerinnen und Bürgern vorzubereiten. Das ist der Weg, der zu unserem neuen Landkreis führt, in dem unser Zuhause ist, wo wir gemeinsam unsere schöne Heimat und unser wirtschaftliches, soziales und kulturelles Dasein gestalten.

Mit unserem Kreiswahlprogramm wollen wir Wege zeigen, wie wir gemeinsam das Leben im Landkreis Meißen gestalten können.

Unsere kommunalpolitischen Schwerpunkte sind:

1. Sozial mit aller Kraft

Auch in unserem Landkreis wächst die Zahl der Menschen, die auf der Schattenseite dieser Gesellschaft zu leben gezwungen sind. DIE LINKE. setzt sich nachhaltig für die sozial Schwachen, die Benachteiligten ein. Deren Lebenssituation ist für uns Gradmesser sozialer Gerechtigkeit. Armut ist besonders für Kinder und Jugendliche eine schwere Bürde für ihren gesamten Lebensweg. Wir wollen ihnen einen gleichen Zugang zu Bildung, Kultur, Sport und Gesundheit ermöglichen. Wir fordern, die Anrechnung des Kindergeldes auf die Leistungsbezüge von Hartz-IV-Empfängern umgehend abzuschaffen. Viele Menschen sind seit Jahren Opfer der hohen Arbeitslosigkeit. Die Hoffnungen und Wünsche dieser Menschen ernst zu nehmen und ihnen Perspektiven aufzuzeigen ist Grundlage unserer Politik. Armut wird immer mehr zum Risiko im Alter. Die Lebensleistungen der Menschen müssen anerkannt werden und unantastbar sein. Wir stehen dafür, dass gerade der Lebensabend würdevoll und mitten in der Gesellschaft gewährleistet ist.

2. Stärkung der kommunalen Demokratie und Selbstverwaltung

Die Finanzausstattung der Kommunen ist dringend zu verbessern. Bund und Land müssen für übertragene Aufgaben die Finanzmittel bereit- und damit den Kommunen eine sichere finanzielle Grundlage zur Verfügung stellen. Selbstverwaltung braucht einen Gestaltungsspielraum, der sich im Kreishaushalt deutlich darstellt. Wir unterstützen den Vorschlag, die Gewerbesteuer zu einer sicheren Säule der kommunalen Haushalte zu entwickeln. Sie muss dort entrichtet werden, wo sie anfällt und gehört vollständig in kommunale Hand. Durch aktive Wirtschaftsansiedlung, die Sicherung der regionalen Unternehmen, die wirtschaftliche Nutzung und Vermarktung öffentlicher Liegenschaften sowie die Stabilisierung der Einwohnerzahlen wird ein erheblicher Anteil zur Finanzierung kreislicher Aufgaben geleistet.

Wir setzen uns ein:

Für die Erhaltung und Stärkung des kommunalen Eigentums

Im Mittelpunkt unserer Politik steht, Bedingungen dafür zu schaffen, dass alle Bürger selbstbestimmt und selbstverantwortlich an der Gestaltung ihres Lebens in unserem Landkreis teilnehmen können. Dafür stellt das kommunale Eigentum, seine effektive und kostengünstige Verwaltung, eine wichtige Grundlage dar. Wir stehen für die Erhaltung des öffentlichen Eigentums der Daseinsvorsorge.

Für mehr Entscheidungen vor Ort

Die Bürgerinnen und Bürger sind frühzeitig und umfassend in transparente Entscheidungsprozesse einzubeziehen. Bürgerentscheide spielen hierbei für uns eine ganz entscheidende Rolle.

Über die Rangfolge von Investitionsprojekten im Rahmen der verfügbaren Finanzmittel des Kreises müssen sachkundige Bürgerinnen und Bürger mitbestimmen.

Für eine starke Sparkasse

Die Sparkasse muss eine Einrichtung der kommunalen Selbstverwaltung bleiben. Ihr Fortbestand ist eine wesentliche Voraussetzung für die erfolgreiche Förderung der Wirtschaft sowie der Kultur und des Sports im Interesse der Region.

Für mehr Entscheidungsfreiheit der Kommunen bei Investitionen

Es darf keine Zwänge der Kofinanzierung geben, die Kommunen in Not bringen. Dazu fordern wir vom Land Investitionspauschalen, um ihre Wirksamkeit und ökonomische Verwertbarkeit zu erhöhen.

Für Bürgerbeteiligung vor Ort

Auf die Bürger zugehen heißt, Einwohnerversammlungen und Sprechstunden in den Wohngebieten durchzuführen und Planungs- und Investitionsunterlagen unkompliziert und vor Ort nahe zu bringen. Wir ermutigen die Bürgerinnen und Bürger des Landkreises, ihr demokratisches Recht zu nutzen und an den öffentlichen Sitzungen des Kreistages teilzunehmen, sich an Bürgerfragestunden zu beteiligen, das Petitionsrecht wahrzunehmen. Wir fordern den Ausbau moderner Beteiligungsformen wie Runde Tische, Zukunftswerkstätten, Gemeinwesenarbeit und Bürgergutachten.

Mitspracherecht in kommunalpolitischen Vertretungen fördern

Wir unterstützen und initiieren die Interessenvertretungen für alle gesellschaftlichen Gruppen wie Senioren-, Jugend- und Migrantenbeiräte.

Kurze Wege für mehr Demokratie

Wir setzen uns für die Einrichtung von Bürgerbüros in Coswig, Großenhain, Radebeul, Riesa und in Orten, die von den Verwaltungszentren entfernt liegen, ein.

3. Wirtschaftsförderung als Grundlage für eine nachhaltige Beschäftigung

Industrie und Handwerk, Tourismus, Landwirtschaft, Dienstleistungen und Handel sind die entscheidenden Träger für Beschäftigung und Ausbildung und somit die ökonomische Basis für soziale Sicherheit im Landkreis.

Wir setzen uns ein:

Für die Förderung klein- und mittelständischer Unternehmen

Ziel ist es, vorhandene Erwerbsmöglichkeiten zu erhalten und neue Arbeits- und Ausbildungsplätze zu schaffen. Die öffentliche Hand ist ein wichtiger Auftraggeber für die Unternehmen. Öffentliche Aufträge müssen in der Region ansässige Betriebe bekommen. Dafür sind stärker kleine Vergabelose und beschränkte Ausschreibungsmöglichkeiten zu nutzen sowie regionale Kooperationen anzuregen und Netzwerke zu entwickeln. Für uns ist für die Vergabe öffentlicher Aufträge die Einhaltung der Tarifverträge oder des Mindestlohns die entscheidende Voraussetzung. Durch eine Ausrichtung der Wirtschaftsförderung auf die Entwicklungserfordernisse der in der Region verankerten und wirtschaftlich erfolgreichen Branchen ist ein zielgerichteter Mitteleinsatz eher möglich und gleichzeitig steigt die Attraktivität auch für Neuansiedlungen, deren wirtschaftliche Tätigkeit die regionalen Branchenkompetenzen ergänzen oder erweitern.

Die Kooperationspartnerschaften zwischen Schulen, Fach- und Hochschulen sowie Unternehmen sind zum gegenseitigen Nutzen zu entwickeln und weiter zu fördern. Besondere Unterstützung muss den jungen Unternehmen und ihrer Entwicklung zuteil werden.

Wirtschaftsförderung muss sich für alle Bürger lohnen.

Mehr als in der Vergangenheit ist zu hinterfragen, was das Ergebnis der Förderung von Unternehmen des privaten Unternehmenssektors für die Gesellschaft ist. Für eine moderne öffentliche Infrastruktur, für erfolgreiche Maßnahmen der öffentlichen Hand im Bereich der Ausbildung von Fachkräften erwartet die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger zu Recht, dass in den so unterstützten Betrieben Arbeitsplätze mit guten Arbeitsbedingungen und mit Löhnen und Gehältern entstehen, von denen die Beschäftigten menschenwürdig leben können.

Für die Stärkung regionaler und lokaler Wirtschaftskreisläufe

Dabei hat auch die Produktion von landwirtschaftlichen Gütern und von Nahrungsmitteln einen hohen Stellenwert. Der Einsatz für Umweltschutz und Landschaftspflege ist gesellschaftlich aufzuwerten und muss sich für die Agrarproduzenten wirtschaftlich lohnen. Das Pilotprojekt „Landwirtschaft und Ökologie“ sowie die „Dachmarke Lommatzcher Pflege“ verdienen die besondere Unterstützung. Regionale Dachmarken sind weiter zu entwickeln.

Für Arbeitsplatzförderung durch einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor, der eine hohe Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger im Landkreis sichert

Das Amt für Arbeit und Soziales Meißen und die ARGE Riesa-Großenhain sind als Dienstleister zu entwickeln. Die von ihnen vermittelten Tätigkeiten müssen daher den Arbeitslosen und der Gesellschaft nützen. Das heißt, sie müssen erfüllend, gesellschaftlich notwendig, ohne Zwang und mit einem Entgelt verbunden sein, welches menschenwürdiges Leben ermöglicht. Das Optionsmodell muss für den gesamten Kreis eingeführt werden. Arbeit ist genügend da, ob im sozialen, kulturellen, sportlichen oder Umweltbereich. Für ihre Finanzierung müssen von Bund und Land mehr Mittel bereitgestellt werden. Nur so können kommunale Vorhaben und arbeitsmarktpolitische Instrumente sinnvoll verbunden werden, um langfristig Arbeitsplätze zu schaffen.

4. Chancengleichheit und Lebensqualität – gegen soziale und kulturelle Verarmung

Die öffentliche Daseinsvorsorge darf nicht Marktmechanismen überantwortet werden. Ein Marktversagen in diesen elementaren Bereichen ist auszuschließen. Eine flächendeckende Versorgung in guter Qualität ist auch dann sicher zustellen, wenn sie sich für private Unternehmen nicht rechnet. Wir kämpfen um den Erhalt öffentlicher Unternehmen in den Bereichen Bildung, medizinische Versorgung, Kultur, Wohnen, soziale Sicherung, öffentlicher Personennahverkehr, Abfallbeseitigung, Wasser- und Energieversorgung.

Wir setzen uns ein:

Für eine soziale Grundversorgung

Dazu gehört die ständige Sicherung einer flächendeckenden gesundheitlichen Betreuung, die wohnortnahe medizinische Versorgung und die Sicherung bestehender sozialer Netze, insbesondere bei der Jugend- und Sozialhilfe sowie bei der Arbeit mit Senioren und Behinderten. Öffentliche Verwaltungen, Arbeitsstätten, Straßen, Wege und Plätze müssen nach Investitionen für jeden Menschen weitgehend ohne fremde Hilfe zugänglich und nutzbar sein. Der Sozialpass des bisherigen Landkreises Meißen muss im neuen Landkreis weitergeführt werden. Er ist um ein preisgünstiges Sozialticket für das Versorgungsgebiet des Verkehrsverbundes zu ergänzen.

Für den Erhalt der kreiseigenen Anteile von Einrichtungen der medizinischen Grundversorgung

Mit der Partei DIE LINKE. wird es keine Privatisierung von Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen geben. Insbesondere im ländlichen Raum sollen Gemeindefröhen die Hausärzte bei der medizinischen Versorgung unterstützen. Im ganzen Landkreis sind objektive Versorgungsengpässe insbesondere durch den Neuaufbau eines Netzes von Polikliniken zu überwinden. Dabei sollen die Elblandkliniken des Landkreises als Träger der neuen örtlichen Medizinischen Versorgungszentren wirksam werden

Für die Förderung des sozialen, kulturellen und sportlichen Lebens

Dazu gehören der Erhalt, der Ausbau und die Entwicklung von kommunalen Sportstätten, Bibliotheken, Museen und Einrichtungen für regionale Traditionen sowie die Förderung bezahlbarer Eintrittspreise. Vereine und Verbände sind zu fördern, z.B. durch die kostenlose Bereitstellung von Räumen und Plätzen und durch Hilfe zur Gewinnung freier Träger und von Sponsoren. Die touristische Attraktivität des Landkreises ist durch familienfreundliche Fördermaßnahmen weiter zu erhöhen und durch entsprechendes Marketing europaweit zu präsentieren

Für einen bürgerfreundlichen, hochwertigen und bezahlbaren ÖPNV

Darunter verstehen wir den Erhalt und Ausbau eines kreisweiten Liniennetzes, Direktverbindungen zwischen Meißen, Riesa und Großenhain, die Sicherung der Straßenbahnlinie 4 bis Weinböhla in einem bürgerfreundlichen Zeittakt sowie die den Interessen der Bürger entsprechende Anbindung der Orte an den Kreisgrenzen an die Zentren. Wir fordern die Beschleunigung der Rekonstruktion der S1 zwischen Dresden und Meißen.

Für sozialverträgliche Kommunalbeiträge und –gebühren,

Dies gilt insbesondere bei Wasser, Abwasser, Müllentsorgung und Straßenreinigung sowie für gerechtere, differenzierte und sozial orientierte Umlagemaßstäbe. Alle Beiträge und Gebühren müssen auf einer exakten und den Tatsachen entsprechenden nachvollziehbaren Kalkulation berechnet werden. Deshalb treten wir für öffentliche Belastungsverzeichnisse ein, die die bürgernahe Umsetzung der Landkreisordnung so sichert, dass bei der Beschaffung von Einnahmen durch Steuern und Abgaben die wirtschaftlichen Kräfte der Abgabepflichtigen berücksichtigt werden.

Beim Neubau gemeinschaftlicher Abwasseranlagen sind dezentrale Lösungen zu fördern.

Für die Integration der Behinderten

Behinderte Menschen haben einen Anspruch an die Gesellschaft auf Integration in das gesellschaftliche Leben der Kommunen. In den zurückliegenden Jahren sind wesentliche Verbesserungen erreicht worden. Die konsequente Umsetzung der Behindertenhilfegesetze bleibt allerdings eine zentrale Aufgabe von Landkreis und Kommunen. DIE LINKE. legt dabei einen besonderen Schwerpunkt auf den barrierefreien Zugang zu öffentlichen Einrichtungen, Wir wollen für Menschen mit Behinderungen die Möglichkeit zur gleichberechtigten Teilhabe am Alltagsleben.

Für die Integration von MigrantInnen

Durch die Bildung eines Ausländerbeirates und die Einsatzung eines hauptamtlichen Ausländerbeauftragten ist es für den Kreis möglich, gezielt Programme und Angebote für MigrantInnen zu entwickeln.

5. Eine Wende in der Bildungs- und Ausbildungspolitik und bei der Förderung der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen

Bei den heranwachsenden Generationen zu sparen heißt, sich selbst der Zukunft zu berauben.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass Fragen der Qualität von Bildung, Erziehung und Ausbildung in der Gesellschaft den nötigen Stellenwert bekommen. Schulen und Kindertagesstätten als Zentren des kommunalen Lebens sind vor Ort unersetzlich.

Wir setzen uns ein:

Für den Erhalt der Schul- und Kindertagesstättenstandorte

Die Schulstandorte sind in der jetzigen Form zu sichern. Schulstrukturen sind zu vereinfachen und bürokratische Hemmnisse abzubauen. Besonders im ländlichen Raum darf das Schulnetz nicht weiter ausgehöhlt werden. Ganztagsangebote sollten im Landkreis zur Normalität gehören. Das Konzept der Gemeinschaftsschulen ist auch in unserem Landkreis umzusetzen. Systematisch ist die Sozialarbeit an Schulen zu verbessern. An Schwerpunktschulen ist der Einsatz von Sozialarbeitern durchzusetzen. Elternbeiträge zur Schülerbeförderung sind sozial verträglich zu gestalten.

Für den uneingeschränkten Rechtsanspruch von Kindern bis 12 Jahren auf einen bezahlbaren und wohnortnahen Kita- und Hortplatz.

Die Erfüllung des Bildungs- und Betreuungsauftrages ist für alle Kinder zu sichern unabhängig davon, ob die Eltern Arbeit haben oder nicht. Der Wiedereinstieg für Frauen in die Berufstätigkeit darf nicht durch fehlende Möglichkeiten der Kinderbetreuung gefährdet werden. Der Erhalt der Einrichtungen und die Finanzierbarkeit der Kita- und Schülerspeisung sind zu gewährleisten. Wir fordern kostenlose Schulspeisung und Lehrmittelfreiheit sowie die Übernahme von „Schulzusatzkosten“ wie Kopiergeld, Eintritts- und Materialkosten für alle Schüler.

Freie Fahrt für Ausbildung – Ausbildungsplatzabgabe jetzt!

Diejenigen Unternehmen, die ausbilden können, es aber nicht tun, zahlen eine Abgabe, mit der Jugendliche besonders in überbetrieblichen oder selbstfinanzierten Ausbildungen unterstützt werden. Der Kreis und seine Städte und Gemeinden sollen verstärkt ausbilden – dies gilt auch für Krankenhäuser, Bibliotheken, Entsorgungsgesellschaften und andere Betriebe, an denen sie beteiligt sind.

Nur mit Ausbildungsplätzen und dem anschließenden Berufseinstieg in der Region sind Abwanderungen junger Menschen aus dem Landkreis zu stoppen.

Die Berufsschulen des Landkreises sind als Zentren der Entwicklung des beruflichen Nachwuchses für den Landkreis und die Region zukunftsgerecht weiter zu entwickeln.

Für die Unterstützung der freien Kinder- und Jugendarbeit sowie der ehrenamtlichen Vereinsarbeit

Bestehende Einrichtungen der Jugend- und Vereinsarbeit müssen erhalten und ausgebaut werden.

Im Zusammenwirken von Kreis-, Stadt- und Gemeinderäten, Unternehmern, Einrichtungen der Jugend sowie Vereinen ist die Kinder- und Jugendarbeit zielgerichtet zu fördern.

Für den präventiven Einsatz aller bewährten Formen und Methoden zur komplexen Bekämpfung von Drogen- und Jugendkriminalität.

Alle Formen der mobilen Präventionsarbeit sind zu erhalten und auszubauen. Landkreisweit muss die Möglichkeit für Betroffene bestehen, schnellstmöglich einen Ansprechpartner aufsuchen zu können. Die Möglichkeit kostenloser Gesundheitschecks muss geschaffen und von den Kommunen „Partybeauftragte“ für die effektive Einwirkung auf die Drogenszene eingesetzt werden.

6. Den Landkreis sozialökologisch gestalten

Wissenschaftlich gesicherte Erkenntnisse internationaler Fachgremien beweisen: Die bereits begonnenen dramatischen Klimaveränderungen sind überwiegend die Folge menschlichen Handelns. Ohne Klimaschutz, ohne Bewahrung der natürlichen Lebensbedingungen der Menschen, wird es keine soziale Gerechtigkeit geben. DIE LINKE. vertritt grundlegende sozialökologische Positionen. Diese sind eine wesentliche Basis ihres politischen Handelns.

Wir setzen uns ein:

Für eine stärkere Nutzung alternativer Energien

Wo guter Wein wächst sollte ausreichend Sonne zur Gewinnung von Wärmeenergie und Strom zur Verfügung stehen. Öffentliche Gebäude sollen mit technischen Einrichtungen zur Gewinnung von Solarenergie ausgestattet werden. Dazu sind die erforderlichen Mittel bereitzustellen. Dadurch können auch Impulse für die private Nutzung gesetzt werden.

Für die Land-, Garten- und Forstwirtschaft als Grundlage ökologischen Wirtschaftens

Die Produktion von Nutzpflanzen zur Herstellung von Kraftstoff muss begrenzt werden.

Die durch Landesentscheidungen mögliche Nutzung genmanipulierter Pflanzen ist zu reglementieren. Ökologischer Landbau ist intensiv zu fördern. Alle Nahrungsmittel müssen sicher, gesund und bezahlbar sein. Lokale und regionale Kreisläufe sind dabei stärker zu entwickeln.

Kleingartenanlagen sind wichtige Sozial- und Naherholungsräume. Sie müssen erhalten und bezahlbar bleiben

Für einen optimalen Hochwasserschutz

Im Landkreis gibt es erhebliche Hochwassergefahren. Diese Gefahren sind durch aktive und passive Schutzmaßnahmen so zu verringern, dass die Menschen und ihr Lebensumfeld optimal und langfristig gesichert werden. Wassertechnische Maßnahmen dürfen nicht zu Lasten anderer Anlieger konzipiert und realisiert werden.

Für einen Schutz der natürlichen Landschaft

Der Landkreis mit seinen Einmaligkeiten von Wäldern, Flüssen, Teichen, Auen, Kleinkuppenlandschaften und Weinbergen ist das ideale Gebiet für Tourismus und Erholung und damit ein besonderer Wirtschaftsfaktor. Hier ist eine gezieltere Förderung und kontrollierte Durchsetzung des Naturdenkmal- und Landschaftsschutzes notwendig.

7. Vielfalt statt Einfalt – gegen Gewalt und Fremdenhass!

Rassismus und Fremdenfeindlichkeit haben auch in unserem Landkreis Fuß gefasst. DIE LINKE. weist schonungslos auf diese Entwicklungen hin und organisiert Widerstand. Die Grundlage des Handelns ist die Unantastbarkeit der Würde eines jeden Menschen. Deshalb ist jede Form des offenen oder versteckten Rassismus, der Fremdenfeindlichkeit, des Antisemitismus und des Neofaschismus zu ächten. Keine Macht dem neonazistischen Gedankengut! Wir setzen uns dafür ein, dass vor allem an Schulen frühzeitig den Anfängen rechtsextremer, neonazistischer Verhaltensweisen Einhalt geboten wird. Der Erfahrungsschatz der älteren Generation, die das Zeitalter des Faschismus noch miterlebt hat, ist in den Geschichts- und Gemeinschaftskundeunterricht einzubeziehen, zum Beispiel durch die Förderung entsprechender Publikationen. Nur mit einer breiten demokratischen Basis können Rechtsextremismus und Rassismus zurückgedrängt werden. DIE LINKE. setzt sich dafür ein, Projekte gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Gewalt finanziell und materiell zu unterstützen.